

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.11.1927 (No. 272)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages

Der deutsche Außenhandel im Oktober

Wieder erhöhter Einfuhrüberschuss
Der deutsche Außenhandel zeigt im Oktober 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuss von 284 Mill. M. (gegen 242 Mill. M. im Vormonat). Die Einfuhr im reinen Warenverkehr zeigt im Oktober gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 70 Mill. M. Daran sind beteiligt: Lebensmittel und Getränke mit 19 Mill. M., Rohstoffe und halbfertige Waren mit 27 Mill. M. und Fertigwaren mit 24 Mill. M. Die Ausfuhr hat im Oktober im allgemeinen ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt und liegt um 28 Mill. M. über der Ausfuhr des Vormonats. Gestiegen ist die Ausfuhr an Lebensmitteln um 6 Mill. M. und die Fertigwarenausfuhr um 25 Mill. M. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt gegen den Vormonat eine Zunahme um 18,6 Mill. M. Bei der Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist eine Zunahme um 26,6 Mill. M. festzustellen. Die Fertigwarenimporte zeigt eine Zunahme um 33,2 Mill. M., woran Baumwolle mit 30,9 Mill. M. beteiligt ist. Die Einfuhr an Fertigwaren zeigt eine Zunahme um 23,6 Mill. M. Hieran sind beteiligt die Textilfertigerwaren (hauptsächlich Wolle) mit 8 Mill. M., Walzwerkzeugnisse mit 2,6 Mill. M. und Maschinen mit 2,5 Mill. Reichsmark. Die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt eine Zunahme um 6,3 Mill. M. Daran ist hieran mit 1,9 Mill. M. beteiligt. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist eine Abnahme um 3,6 Mill. M. auf, die hauptsächlich auf leichte Abschwächungen der Ausfuhr an schwefelhaltigem Ammoniak und Brennstoffen zurückzuführen ist. Bei der Ausfuhr an Fertigwaren ergibt sich eine Zunahme um 25 Mill. Reichsmark, die auf leichte Ausfuhrsteigerungen bei den meisten Warengruppen zurückzuführen ist. Absolut die bedeutendste Zunahme zeigt die Textilfertigerwarenausfuhr (um 6,9 Mill. Reichsmark). Eine leichte Abnahme gegen den Vormonat weist die Ausfuhr an Maschinen und Kinderspielwaren aus.

Aus dem Reichstag

22. Berlin, 22. Nov. (Tel.) Um 15 Uhr tritt heute, Dienstag, der Reichstag nach längerer Pause zum ersten Male wieder zusammen.
Als wichtigster Gegenstand steht der deutsch-französische Handelsvertrag auf seiner Tagesordnung. Schon eine Stunde vorher, um 14 Uhr, halten die meisten Fraktionen Sitzungen ab, nämlich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten. Zentrum und Demokraten haben dagegen erst nach Beendigung der Volltätigkeit des Reichstages Fraktionssitzungen anberaumt. Der Vormittag wurde wieder von den Ausschüssen zur Förderung ihrer Arbeiten benutzt. Der Kriegsbeschädigtenauschuss feierte die Beratung der Nobelle zum Reichsverordnungs-gesetz fort, der Haushaltsauschuss die Beratung des Besoldungsgesetzes.

Die Heeresstärke der europäischen Nationen

22. London, 22. Nov. (Tel.) In dem Streit über die Heeresstärke der europäischen Nationen hat Kriegsminister Borthington-Edwards wieder das Wort ergriffen und einen Brief an die „Daily Mail“ geschickt, in dem er ausführt, wenn Lloyd George und Lord Rothermere nicht nur die Stärke der aktiven Heere, sondern auch der Reserven der siegreichen Nationen in Rechnung stellen, müßten sie auch die deutschen, österreichischen usw. Reserven miteinrechnen. Lord Rothermere veröffentlicht in der „Daily Mail“ eine Antwort auf diesen Brief und sagt, der Vergleich passe nicht im geringsten, denn für die in Deutschland vorhandenen militärisch ausgebildeten Männer gebe es keine Waffe, während die siegreichen Nationen volle Ausrüstung für ihre Reservisten hätten. Ferner weist Lord Rothermere darauf hin, daß heute, neun Jahre nach dem Waffenstillstand, das britische Kriegsgesetz über einen so großen Stab verfüge, wie er in keinem Verhältnis zu den wirklichen Bedürfnissen des Heeres stehe.

Die Flottenrüstungen

22. London, 22. Nov. (Tel.) Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt: Ich höre, daß die Einstellung des Baues zweier Kreuzer als eine Geste an die Vereinigten Staaten gemeint ist, und daß sehr wahrscheinlich im nächsten Jahre der Bau eines weiteren Kreuzers aufgeschoben wird. Eine Erregung-Meldung aus Washington besagt: Amtlich wird erklärt, daß das dem gegenwärtigen Kongress vorzulegende Flottenbauprogramm von dem Beschluß Großbritanniens, den Bau zweier Kreuzer aufzuschieben, nicht berührt werden wird. Präsident Coolidge und die Marinebehörden sind der Ansicht, daß die Stärke der amerikanischen Kriegsflotte weit unter der normalen Höhe ist.

Verhandlungen in Italien

22. Rom, 22. Nov. (Tel.) Wie die „Agenzia Stefani“ berichtet, ist der Abg. Ronzio di Sansebastiano verhaftet worden, weil er Mittel aufgebracht habe, um Umstürzern und Antifaschisten die Flucht aus Italien zu ermöglichen. Ronzio di Sansebastiano habe erklärt, daß er aus Haß gegen den Faschismus gehandelt habe. Auch der ehemalige Abgeordnete General Benoni wurde wegen seiner dem faschistischen Regime feindseligen Tätigkeit verhaftet. Er sei in verschiedenen kompromittierenden Dokumenten wiederholt genannt worden und habe zugegeben, mit Ronzio über die politische Lage und die Lage der Flüchtlinge im Auslande gesprochen zu haben.

Ständemehrungsprogramm des Reichskanzlers an Erz. Gröner. Reichskanzler Dr. Marx hat an Reichsminister a. D. Erz. Gröner zur heutigen Vollendung seines 60. Lebensjahres ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem er der großen Dienste, die Gröner dem alten Deutschland und dem neuen Reich geleistet habe, gedenkt.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der Karlsruher Zeitung)

Die Handelsbeziehungen zu Rußland u. Polen

M. Berlin, 22. Nov. (Priv.-Tel.)

Ein etwas ungewöhnliches Vorgehen hat sich die russische Handelsdelegation in Berlin gelistet. Nachdem sie schon am Samstag Vertreter der deutschen Wirtschaft zu einer Besprechung eingeladen hatte, hat sie heute eine Pressebesprechung anberaumt, in der sie vor Vertretern der deutschen Zeitungen über ihre mit dem Reich schwebenden Verhandlungen sprechen will. Es handelt sich dabei um Wirtschaftsfragen, da sich die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland in dieser Hinsicht nicht sonderlich günstig entwickelt haben. Was hier versucht wird, ist eine Einflussnahme auf die deutsche Öffentlichkeit gegen die eigene Regierung, womit naturgemäß die künftigen Verhandlungen nur erschwert werden.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen scheinen nicht zu dem Ergebnis zu führen, das man gewünscht hat. Es ist nicht wahrscheinlich, daß es zum Abschluß eines Vertrags oder auch nur eines alle Fragen umfassenden Protokolls kommt. Wenn in den letzten Tagen von verschiedenen Sonderverhandlungen über Einzelfragen sowie über die Einfuhr von Kartoffeln gesprochen worden ist, so dürfte das der Weg sein, der voraussichtlich beschritten wird. Man wird eine Reihe von deutsch-polnischen Handelsfragen herausheben, nachdem schon das Niederlassungsrecht im wesentlichen auf diplomatischem Weg erledigt worden ist und versuchen, ob man in diesen Punkten wenigstens zu Vereinbarungen gelangt. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Agrarfragen. Deshalb dürfte auch keine eigene deutsche Delegation ernannt werden.

Die französischen Ostbesetzungen

In der gestrigen Aussprache über die Militärgefeßgebung in der französischen Kammer wurde die Regierung aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zur Landesverteidigung nunmehr zu ergreifen, um die Grenzen zu sichern. Da die Mittel bereits zur Verfügung gestellt worden sind, können die Arbeiten in den nächsten Wochen beginnen.

Elässischer Protest

22. Paris, 22. Nov. (Tel.) Dem „Matin“ wird aus Straßburg gemeldet, daß die Leitung der Nationalrepublikanischen elässischen Volksvereinigungen eine Entschließung angenommen hat, in der sie gegen das Verbot von in deutscher Sprache im Elß erschienenen Zeitungen Stellung nimmt. In der Entschließung heißt es, die Parteileitung weise den Gedanken, die Tendenz und die Methoden der autonomistischen Presse zu verteidigen, von sich, lehne aber andererseits auch den Standpunkt der Regierung ab, wonach die in Elß-Lothringen erscheinenden Zeitungen deutscher Sprache als in einer fremden Sprache im Sinne des Fremdengesetzes abgefaßt angesehen werden müßten. Die deutsche Sprache sei die Schriftsprache der großen Mehrheit der elässischen und lothringischen Bevölkerung und werde obligatorisch in den Schulen gelehrt. Die Parteileitung lehne daher jedes Ausnahmegesetz für Elß-Lothringen ab und billige in diesem Sinne den von den elässisch-demokratischen Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf als entsprechende Abänderung des französischen Pressegesetzes.

Rücktritt der belgischen Regierung

Die belgische Regierung hat ihre Gesamtmission eingereicht, nachdem der Kriegsminister festgestellt hatte, daß es ihm unmöglich sei, gegenwärtig einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Dienstzeit einzubringen, der die Zustimmung aller Mitglieder des Kabinetts finden könne. Die Sozialisten haben damit den Erfolg erreicht, daß nicht, wie ursprünglich verlautete, die sozialistischen Minister allein zum Rückzug gezwungen wurden, sondern daß das ganze Kabinett zurücktrat. Die letzte scharfe Zuspitzung der Krise ist wahrscheinlich das Werk von Vanderveide gewesen, der im Gegensatz zu einigen Ministerkollegen die Fortsetzung der Koalition als unmöglich erkannt hatte und seiner Partei ihre Aktionsfreiheit zurückgeben wollte.

Der Ackererrat des Reichstages ist zum morgigen Mittwoch einberufen worden, um den Arbeitsplan des Reichstages bis Weihnachten festzulegen.

Die Theaterzuschüsse des Landes Thüringen. Im Haushaltsplan des Landes Thüringen sind für die Landestheater insgesamt 1 726 710 M. eingestellt. Davon sollen Zuschüsse erhalten das Weimarer Nationaltheater rund 587 000 M., das Landesheater Meiningen 209 000 M., Altenburg 324 000 Reichsmark, Gotha 318 000 M., Rudolstadt 50 000 M. und das Landesheater Sondershausen mit dem Logorchester 238 000 M.

Disziplinarverfahren gegen Prof. v. Müller. Gegen den a. o. Professor in der juristischen Fakultät Berlin, Dr. v. Müller, ist vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Finanznot und Einheitsstaat

Um zu beweisen, welche Summen bei einer Vereinheitlichung der Verwaltung und durch die Beseitigung der Länderregierungen gespart werden könnten, machen die Anhänger des Einheitsstaates allerhand Berechnungen auf. Dieser Beweis muß von vornherein mißglücken, weil dabei von ganz einseitigen Voraussetzungen ausgegangen wird. Heute behaupten die einen, das Reich würde die billigte Verwaltung haben, andere sagen wieder, die Länder könnten viel sparen, wenn sie so rationell arbeiten würden, wie Preußen. Aber alle führen das Schlagwort „Verwaltungsreform“ im Munde und vertreten wie etwas ganz Selbstverständliches die durchaus falsche Meinung, daß eine solche radikal nur im Einheitsstaat durchgeführt werden könnte.

Kein Geringerer als der Sparkommissar Sacmisch — der es am besten wissen muß — weist alle diese Vorwände zurück, indem er in einem Aufsatz „Die Vereinheitlichung der Haushaltspläne (Reich und Länder, Vierteljahresschrift, herausgegeben von der Arbeitsstätte für sachliche Politik E. B. Dresden, Verlag G. Braun, Karlsruhe 1927, 1. Heft) folgendes schreibt:

„Welche Verwaltung arbeitet denn heute teuer, welche billig? Arbeitet die Reichsverwaltung oder die preussische oder die bayerische teurer oder billiger als irgend welche andere Staats- oder Gemeindeverwaltung? Niemand kann das heute mit Sicherheit sagen, jedenfalls nicht zweifelsfrei belegen, wenn schon oft genug — auch von autoritativen Stellen — ganz bestimmte Antworten gegeben und veröffentlicht werden. Ebenjowenig kann jemand sagen, daß alle Verwaltungen gleich gut, gleich sparsam wirtschaften. Es fehlt der Maßstab, dies alles zu messen.“

Man könnte diese Feststellung dahin erweitern, daß heute auch noch ein Maßstab dafür fehlt, wie die verschiedenen Staatsaufgaben in den einzelnen Ländern verteilt sind. Darauf kommt aber bei der Beurteilung des Staatsaufwandes außerordentlich viel an, davon hängt auch im Wesentlichen die Zahl der Beamten in den Ländern und Gemeinden ab. Außerdem ist noch der Umfang der Aufgaben entscheidend. Man braucht nur die verschiedenen Verwaltungsschemata der deutschen Länder miteinander zu vergleichen, um zu sehen, daß in dem einen die Regierung viel mehr und ganz verschiedene Aufgaben hat, als in einem anderen. Solche Verschiedenheiten sind bedingt durch die historische Entwicklung, die geographische Lage, die soziologische Zusammensetzung des einzelnen Landes usw. Diese Unterschiede werden aber auch in einem Einheitsstaat mit allen ihren Auswirkungen fortbestehen bleiben.

Am deutlichsten zeigt sich das an dem Beispiel des Schulwesens in Baden, Bayern und Preußen. Nach dem Staatsvoranschlag für 1926/27 betrug der ordentliche Haushalt des badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht 68 354 000 M. In Bayern bezifferte er sich auf rund 200, in Preußen auf 526 Millionen. Auf den Kopf der Bevölkerung macht das in Baden 29,5, in Bayern 27,1 und in Preußen 13,8 M. Gemessen an seiner Bevölkerungszahl müßte Preußen nach dem badischen Maßstab 1,124 Milliarden M. nach dem bayerischen 1,033 Milliarden ausgeben. Daß nun Preußen viel billiger wekommt als Baden und Bayern, liegt nicht darin, daß dort rationeller gewirtschaftet wird, sondern weil es als Land die Schullasten nicht in dem Umfang trägt, wie Baden oder Bayern. Baden gibt für höhere Lehranstalten nach dem Voranschlag 1926/27 rund 13 186 500 M. aus, Bayern 24 Millionen und Preußen nur 30 Millionen. Das Volksschulwesen kostet in Baden 32 141 800 M., in Preußen werden die Volksschullehrer im Staatshaushalt überhaupt nicht, und die Lehrer an höheren Schulen nur teilweise aufgeführt. Dieses Beispiel zeigt am deutlichsten, daß die vielgenannte Einteilung in größere Verwaltungsbezirke mit den Ausgaben — auf diesem Gebiete wenigstens — gar nichts zu tun hat. Im Falle eines Aufgebens Badens im Reich müßte eben letzteres die Schullasten übernehmen. Ob es aber billiger würde, wenn alles in einem Reichskultusministerium zentralisiert wäre, das darf man mit Recht auf's stärkste bezweifeln.

Wie aus dem Gebiete des Schulwesens, so verhält es sich auch mit anderen unerlässlichen Staatsaufgaben. Nach dem Staatsvoranschlag 1926/27 betragen, um nur einige Punkte herauszuheben, die Ausgaben für die Bezirksverwaltung 7 278 500, für Heil- und Pflegeanstalten 5 872 900, für Landwirtschaft und Ernährung 4 446 600, für Wasser- und Straßenbau 12 257 180 M. Kein Ver-

nünftiger wird glauben, daß auf diesen, wie auf anderen Gebieten im Einheitsstaat so wesentliche Einsparungen gemacht werden könnten, daß sie in einer merklichen Steuerentlastung zum Ausdruck kämen. Die da und dort von den Zentralisten aufgestellte Behauptung, es könnten durch die Beseitigung der Länder drei Milliarden eingespart werden, ist eine ungeheuerliche Übertreibung. Selbstverständlich muß seitens der Länder alles nur Erdenkliche zur Rationalisierung der Verwaltung geschehen — aber auch vom Reich! Es geht nicht, daß man von den Ländern und Gemeinden äußerste Sparsamkeit fordert und im Reichstag eine Bewilligungsfreudigkeit bekundet, die höchst bedenklich ist. Man prüfe doch auch einmal im Reich nach, ob nicht die Verwaltung dort ebenfalls rationalisierungsbedürftig ist und nehme einmal, wenigstens für die nächsten Jahre, vom Ausbau und der Schaffung neuer Behörden Abstand!

Das Reichsschulgesetz

Die Deutsche Volkspartei

Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Braunschweig, zu der im ganzen über 300 stimmberechtigte Mitglieder des Zentralvorstandes erschienen waren, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Reichsschulgesetz, über das Geheimrat Dr. Kunkel einen Vortrag hielt. Dr. Stresemann, der als Parteivorsitzender die Versammlung leitete, erklärte, daß die Nationalliberalen in der Schulfrage immer einen toleranten Standpunkt eingenommen hätten. Schon vor 25 Jahren habe Professor Kahl, der heutige Senior der Partei, in Eisenach erklärt, daß der Streit über konfessionelle oder simultane Schulform keine grundsätzliche Frage für die Partei sei, sondern eine mehr taktisch-praktische, die nach regionalen Gesichtspunkten zu entscheiden ist. Grundtöne der Aussprache waren die vom Parteivorstand ausgearbeiteten Richtlinien, die von dem Vorsitzenden der volksparteilichen Fraktion, Dr. von Campe, vorgelesen und begründet wurden. — Dr. von Campe betonte besonders, daß das Schulgesetz zugleich ein Kulturgesetz von weittragender Bedeutung sei, und daß darum die Partei nicht von ihren grundsätzlichen liberalen Forderungen, insbesondere des uneingeschränkten staatlichen Hoheitsrechtes über die Schule und des Ausgleichs der Gegensätze durch eine tolerante Schulgesetzgebung abgehen könne.

Nach Beendigung der Diskussion erfolgte dann die einstimmige Annahme einer Entschließung, in der die Haltung der volksparteilichen Reichsminister, der Reichstagsfraktion, gebilligt wird. Die Deutsche Volkspartei habe die Aufgabe, auf der gegebenen Grundlage für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens einzutreten. Die Ausführung ihrer auf dem Leipziger Parteitag 1919 programmatisch festgelegten Grundsätze fordert der Zentralvorstand daher:

1. Neben Sicherung der konfessionellen Bekenntnisschule in ihrer geschichtlich gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultanschule.
2. Angleichung der in der Reichsverfassung bezugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanschule.
3. Sicherung der Lehrfreiheit gegen jeden Versuch einer konfessionellen Verengung des gesamten Unterrichtes in der Bekenntnisschule.
4. Unbedingte Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Schulsysteme eines Schulverbandes.
5. Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates auch für den Religionsunterricht.

Die Deutsche Volkspartei, die sich nach den Erklärungen ihrer Minister und der Fraktion die Freiheit der Entscheidung vorbehalten hat, ist nach wie vor bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten. Sie erwartet aber, daß die Reichstagsfraktion nur einem Gesetz zustimmt, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht.

Die Demokraten

Die demokratische Reichstagsfraktion sagte, wie das W.D. Büro erzählt, zum Reichsschulgesetzentwurf eine Entschließung, in der erklärt wird, daß die Fraktion dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen im Bildungsausschuß über das Schulgesetz mit äußerster Beforgnis gegenüberstehe. Der § 1 des Gesetzes gäbe in der jetzt angenommenen Fassung die Staatshoheit über die Schule preis, indem er den Staat auf Aufsichtsbefugnisse nach Artikel 120 der Reichsverfassung einschränkt und eine selbständige Aufgabe der Schule neben der elterlichen Erziehung nicht anerkennt. Drei Beschlüsse über die Bekenntnisschule, vor allem der Beschluß, die Schule nicht nur nach Konfessionen, sondern nach den sie beantragenden Gruppen zu benennen (s. V. lutherische, reformierte usw.) charakterisieren die künftige Volksschule noch mehr als der Regierungsantrag als Kirchenschule.

Die Deutsche Demokratische Partei spricht die Hoffnung aus, daß alle liberalen und nationalen Kreise des deutschen Volkes diese Gefahr noch rechtzeitig erkennen und durch ihren entscheidenden Protest die deutsche Volksschule vor dem Schicksal der inneren und äußeren Zerstückelung bewahren werden.

Zusammenschluß der Rechten in Bayern

Nachdem schon kürzlich in Würzburg Verhandlungen über den Zusammenschluß der Rechten in Bayern geführt wurden, hat die Münchener Vertretertagung der Nationalliberalen Landespartei Bayerns das Abkommen mit der Deutschnationalen Volkspartei mit 99 gegen 4 Stimmen gebilligt.

Das Abkommen besagt u. a.: „Die Deutschnationale Volkspartei in Bayern und die Nationalliberale Landespartei Bayerns schließen sich zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit zusammen. Die Nationalliberale Landespartei Bayerns führt künftig den Namen „Nationalliberaler Landesverband Bayerns“. Der Nationalliberale Landesverband Bayerns behält seine innere organisatorische Selbständigkeit und, falls nach der politischen Lage erforderlich, auch das Recht, seine programmatische Sonderstellung z. B. in Fragen der Kulturpolitik zum Ausdruck zu bringen.“ In den Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei wurden die beiden bisherigen nationalliberalen Parteiführer in Bayern, Geheimrat Sachs und Prof. Dr. Lent entsandt.

Westdeutsche Gemeinden gegen Schacht. Zur Zeit finden laut „Rost. Ztg.“ zwischen den westdeutschen Kommunalverbänden Besprechungen statt zur Einleitung einer gemeinsamen Protestkundgebung der deutschen Gemeinden gegen die von Reichsbauinspektor Dr. Schacht in seiner Bodumer Rede erhobenen Vorwürfe über die Ausgabenwirtschaft der deutschen Gemeinden. Der Reichsbauinspektor soll aufgefordert werden, konkrete Unterlagen für seine Behauptungen zu beschaffen. Diese Kundgebung soll nach dem Erscheinen der angekündigten Denkschrift des deutschen Städtetages erfolgen.

Aus den Reichstagsausschüssen

Die Besoldungsreform

Im Haushaltsausschuß beschäftigte man sich am Montag mit der Einsetzung der handwerklich vorgebildeten Beamten und der Betriebsassistenten bei den verschiedenen Verwaltungszweigen, die nach Anträgen der Sozialdemokraten und Kommunisten höher eingestuft werden sollten, während die Vertreter der beteiligten Ministerien für die Regierungsvorlage eintraten.

Es folgten dann die Abstimmungen über die neue Gruppe 10. Unter Ablehnung der anderen Anträge wurden eine Reihe Abänderungsvorschläge der Regierungsparteien genehmigt. Der Gruppe A 10 wurden z. B. Oberleitungsaufseher und Leitungsaufseher zugeteilt, von denen handwerksmäßige Vorbildung gefordert worden ist. Die ab 30. September 1927 im Amt gewesen nicht handwerksmäßig vorgebildeten Telegraphenoberleitungsaufseher, sollen wie die Oberpostassistenten, die nicht handwerksmäßig vorgebildeten Leitungsaufseher wie die Postassistenten, behandelt werden. Die meisten der weiter genehmigten Anträge bezweckten Streichung der Stellenzulage und dafür Höherstufung der betreffenden Beamten.

Der Ausschuß erörterte dann die Gruppe 9, deren Gehaltsätze 1700—2600 M betragen sollen, und zu der besonders die Rangassistenten gehören.

Schließlich wurde auch Gruppe 9 unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Oppositionsparteien im wesentlichen nach der Regierungsvorlage nur mit einigen Änderungen durch Anträge der Regierungsparteien genehmigt.

Am heutigen Dienstag beschäftigte sich der Ausschuß mit Gruppe 8 B der Besoldungsordnung, die Gehaltsätze von 1700 bis 1790 M vorzieht.

Der Berichterstatter, Abg. Steinkopf (Soz.) forderte, daß in dieser Gruppe, ähnlich wie in Kreuzen, auch Stellen für weibliche Beamte, z. B. bei der Post, geschaffen würden.

Die Regierung wiederholte ihre gezeigte Erklärung, daß weibliche Hilfskräfte im allgemeinen nur mit mechanischen Arbeiten beschäftigt würden und daß Stellen für sie nur bei wirklich dauernder Beschäftigung nur bei Aufstellung des nächsten Etats in Sonderfällen geschaffen werden könnten.

Auf eine Frage des Abg. Morath (D. Vp.) erwiderte der Regierungsvorsteher, daß eine Versorgungsanfrage für die weiblichen Angestellten ähnlich wie bei der Post geplant sei. Verhandlungen mit den Ländern säheben.

Schließlich wurde Gruppe 8 B unter Ablehnung aller Änderungsanträge genehmigt.

Es folgte die Beratung der Gruppe 8 A, die Gehälter von 2000—2700 M vorzieht. Auch hier beantragten die Sozialdemokraten die Einfügung weiblicher Büroangestellter und die von Werkführern im Druckereidienst, Maschinenassistenten usw.

Politische Neuigkeiten

Dr. Stresemann und Neuwahlen

Auf der Tagung des Zentralvorstandes der deutschen Volkspartei in Braunschweig machte am Montag nachmittags laut „Tägl. Rundsch.“ der Parteivorsitzende, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, vertrauliche Ausführungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage, an deren Schluß er auch auf die Frage etwaiger Neuwahlen zu sprechen kam und unter starkem Beifall den unbedingt Willen zur Erhaltung der absoluten Selbständigkeit der Deutschen Volkspartei gegenüber anderen Parteien und Verbänden betonte.

In der öffentlichen Versammlung soll Dr. Stresemann in seiner Rede dem „Vorwärts“ zufolge noch folgendes gesagt haben: Vier Jahre bin ich Außenminister, drei Jahre lang hatten wir Reichsnachrichten eine Krise. Ob diese Koalition bis an das Ende des Reichstages bestehen bleibt, vermag niemand zu sagen. Genüßlich kommt zu Weihnachten die Ehe mit den Deutschnationalen ist keine Liebeshehe, sondern eine Vernunftehe, und 25 Jahre lang wird sie sicher nicht dauern.

Salonwagen der Deutschen Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahn besitzt eine Anzahl gut ausgestatteter Salonwagen. Ein Teil dieser Wagen ist nach dem Kriege überholt worden, und der Rest wird zur Zeit ebenfalls modernisiert. Im Durchschnitt haben die Wagen etwa 22 Plätze, von denen sich 9 zu Betten einrichten lassen. An einem Wagenende befindet sich ein rund 4 Meter langer Salon, an den sich meist eine geschlossene und heizbare Plattform anschließt, in der Sessel aufgestellt sind, von denen aus man einen guten Überblick über die Strecke hat, wenn der Wagen am Zugende läuft. An die andere Seite des Salons schließt sich ein größerer Schlafraum mit besonderem Rauchraum und Abort an. Alsdann folgen bequem eingerichtete Abteile, ähnlich den in den Schlafwagen, mit Wasch- und Toiletteeinrichtungen usw. Die Wagen besitzen außer Dampfheizung besondere Warmwasserheizung, elektrisches Licht, sowie Kochgelegenheit, und sind derart gebaut und ausgerüstet, daß sie auf alle Auslandsbahnen übergeben können. Sie laufen, wie die Schlaf- und D-Zugwagen, auf zwei Drehgestellen mit je zwei oder drei Achsen, wodurch ein ruhiger Lauf gewährleistet wird. Zur Bedienung der technischen Einrichtungen des Wagens wird ein Begleiter von der Bahnverwaltung gestellt.

Die Salonwagen wurden vor dem Kriege häufig für Reisen im In- und Auslande benutzt. Sie fanden sowohl beim Einzelreisenden als auch bei kleineren Gesellschaften (insbesondere auch zur Jagdzelt) gleichen Anlang wegen ihrer Bequemlichkeit und des Ungezwungenheits. Nach dem Kriege ist ihre Benutzung zurückgegangen. Am zur Benutzung anzuregen, ist vor kurzem der Tarif herabgesetzt worden. Während früher mindestens 18 Fahrkarten 1. Klasse zu lösen waren, sind jetzt für die Beförderung Fahrkarten 1. Klasse für soviel Personen zu lösen, wie den Wagen benutzen, mindestens aber für 12 Personen. Außerdem wird eine Benutzungsgebühr erhoben, die mit dem Besteller vereinbart wird. Es ist zu hoffen, daß durch eine häufigere Bestellung der Salonwagen, die an jede Station oder an eine Reichsbahndirektion gerichtet werden kann, eine bessere Ausnutzung dieser wertvollen Wagen erzielt wird. Erwähnt sei noch, daß die Deutsche Reichsbahn auch einige Krankensalonwagen zu dem gleichen Tarif fährt. Die Wagen entsprechen im wesentlichen den geschilderten Salonwagen, sie sind aber besonders für die Beförderung eines Kranken mit aller Bequemlichkeit ausgerüstet.

Er mordung eines deutschen Missionars in China. Habas meldet aus Tientsin, daß Soldaten der Schansi-Provinz im Norden einen deutschen katholischen Missionar getötet und das Missionsgebäude darauf geplündert haben. Nach einer weiteren Meldung aus Peking, handelt es sich um Pater Hermann Gieseler. Sieben Soldaten sollen ihm an einer einsamen Straßenecke aufgelauert und ihn um Kleidung gebeten haben. Als der Pater dem Wunsch nicht Folge leistete, schossen sie ihn nieder.

Zentrum und Bayerische Volkspartei

Wie aus München gemeldet wird, haben am 19. und 20. November streng geheime abschließende Besprechungen der Sachverständigenkommissionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechungen ist der von den obersten Instanzen der beiden Parteien noch zu billigende Entwurf für eine Vereinbarung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei. Dieser Entwurf nimmt eine engere Zusammenarbeit der parlamentarischen Vertreter der beiden Parteien für große Fragen in Aussicht und will die Möglichkeit einer gegenseitigen Bekämpfung der beiden Parteien bei den Landtags- und Reichstagswahlen ausschließen. — Mit der Stellungnahme der obersten Organe der beiden Parteien ist innerhalb kurzer Zeit zu rechnen.

Kurze Nachrichten

Millionen-Geldstrafen in einem Zollhinterziehungsprozeß. Das Bezirksgericht Mainz verurteilte wegen bandenmäßigen Sprichmuggels und Zollhinterziehung den Fabrikanten Koebing, den Kaufmann Wirth, einen Kaufmannsgehilfen und einen Käufer, die das Reich um fast 19 Millionen Reichsmark geschädigt hatten, zu Gefängnisstrafen von 1—10 Monaten, Geldstrafen von 3,6—62 Millionen M, an deren Stelle evtl. weitere Gefängnisstrafen treten und Wertersatz von 4,8—20 Millionen M.

Antisemitische Ausschreitungen in Ungarn. In Fünfkirchen drangen Studenten gewaltfam in die Vorlesungsräume und verprügelten jüdische Kommilitonen. Auch in Szeged wurden sämtliche jüdischen Hörsäle von Verleumdern der Universtität geschlossen. Die Polizei ist, wie dazu aus Budapest gemeldet wird, entschlossen, die Autonomie der Hochschulen im Falle des Abhaltens der Ausschreitungen nicht zu respektieren.

Die Steuerermäßigung in den Vereinigten Staaten. Der Finanzausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat einstimmig 250 Millionen Dollar als Höchstbetrag der auf der bevorstehenden Session des Kongresses zu gewährenden Steuerermäßigung festgesetzt. Das Schatzamt hatte als Grenze 225 Millionen Dollar vorge schlagen.

Bergarbeiterdemonstrationen in Colorado. Bei einer Kundgebung der seit einem Monat streikenden Bergwerksarbeiter kam es, wie aus Denver (Colorado) gemeldet wird, zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, als die Bergarbeiter versuchten, in das Grundstück der Bergwerksgesellschaft einzudringen. Drei Bergarbeiter wurden dabei erschossen und etwa 20 mehr oder weniger schwer verwundet.

Safenarbeiterstreik in Australien. Der Safenarbeiterverband hat, wie aus Melbourne gemeldet wird, beschlossen, von heute, Montag, ab einen Streik wegen der Überstunden durchzuführen, der darin bestehen soll, daß überseesische Güter nach 5 Uhr nachmittags nicht mehr befördert werden. Da die Wollausfuhr gerade auf ihrem Höhepunkt steht, wird der Streik große Unannehmlichkeiten verursachen.

Aus der Landeshauptstadt

Rektorswechsel. Am Samstag, den 3. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet in der Aula der Technischen Hochschule die Feier des Rektorswechsels statt.

Kauf beim Einzelhandel! Die Landeszentrale des Bad. Einzelhandels schreibt: Mehr denn je ziehen gegenwärtig wieder wilde Händler und Kaufierer durch das Land, um ihre meist recht zweifelhaften Waren und Fabrikate bei der Bevölkerung abzusetzen. Sie drängen ihre Ware direkt den Verbrauchern auf, die freilich dann häufig merken müssen, daß sie die hereingeführten sind. Der Käufer vergleiche nur einmal die Preise, die er bei diesen herumziehenden Händlern bezahlen muß, mit denjenigen, für Ware gleicher Qualität beim ortsnahen Einzelhandel, und er wird wohl kaum je in Zweifel geraten, wenn er den Vorzug zu geben hat. Die Ware der herumziehenden Händler und Kaufierer ist sehr häufig Mangelware minderer Qualität, die selbst den einfachsten Bedürfnissen nicht genügen kann, und wenn sie auch auf den ersten Blick als billig erscheint, doch sehr bald sich als überwertet herausstellt. Der legitime Einzelhandel verfügt über langjährige gepflegte Beziehungen zu Industrie und Großhandel und über die besseren und billigeren Einkaufsquellen. Stellt sich aber wirklich einmal ein Mangel an einer Ware heraus, so kann der Käufer dieser ohne weiteres beim Einzelhandel beanstanden, und er wird in dieser oder jener Form einen Ausgleich erhalten. Bei den herumziehenden Händlern und Kaufierern, deren Verkauf nicht auf dem langjährigen Vertrauen der Kundschaft basiert, hat der Käufer einen derartigen Anhalt nicht.

Babisches Landestheater. Donnerstag, den 24. November findet ein einmaliges Gastspiel der berühmten russischen Tänzerin Tamara Karavina mit ihrem Partner Keith Lester statt. Sowohl in Deutschland, wie in dem gesamten Ausland, hatte diese Meisterin des Tanzes triumphale Erfolge und verspricht ihr Auftreten am hiesigen Landestheater ein Ereignis seltenster Art zu werden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Nach meist wolkenigem Vormittag mit zeitweiligem Regen hatten wir gestern Nachmittag ziemlich heiteres und mildes Wetter. In der Rheinebene betrug die Höchsttemperatur bis 9 Grad Wärme, auf dem Feldberg bis 7 Grad. Die allgemeine östliche Windrichtung, deren obere Grenze gestern in etwa 1000 Meter Meereshöhe lag, hat sich über Nacht bis in größere Höhe durchgesetzt. Auch auf dem Feldberg weht heute morgen Ostwind. Aber dem Baltikum ist der Druck weiterhin gestiegen und hat über 789 Millimeter erreicht. Kaltluft fließt in breitem Strome aus diesem Hochdruckgebiet nach den Rosten des fest aufgestellten Kanalwirbels. Ein Wirbel hat sich nach Südfrankreich verlagert und saugt Kaltluft aus Nordosten heran. Wir müssen daher nunmehr mit dem Eintritt von Frostwetter auch in der Ebene rechnen, zumal die minus 10 Gradgrenze bereits die Ober überschritten hat und sich noch weiter nach Westen bewegt. Der Kälteeinbruch wird durch Schneefälle eingeleitet werden. Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, 23. November: Zunehmend kälter, bei zeitweise auffrischenden Nordostwinden, wolfig und zunächst leichte Schneefälle. Frosttemperaturen auch in tiefen Lagen.

Verschiedenes

Starker Schneefall im Riesengebirge

W.D. Girschberg, 22. Nov. (Tel.) Starke Schneefälle gingen am Montag im Riesengebirge nieder, die etwa 20 Zentimeter Neuschnee brachten. Auf dem Kamm selbst wurde der Neuschnee allerdings durch den starken Sturm zum größten Teil wieder verweht. Die Schneehöhe beträgt auf dem Kamm selbst etwa 25—30 Zentimeter, dagegen in den Vorbergen etwa 30—40 Zentimeter.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

25jähriges Jubiläum der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Vor kurzem feierte die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Berlin ihr 25jähriges Bestehen. Der Präsident der Gesellschaft, G. h. Rat Prof. Zadasohn, Breslau, hielt in der Festigung, die in dem schönen Bürgeraal des Rathauses stattfand, eine äußerst eindrucksvolle Eröffnungsrede. In knapper Form hörte man aus dem Munde eines der berühmtesten Fachleute Deutschlands, ja wohl der ganzen Welt, von den Aufgaben der Gesellschaft, ihren Leistungen seit der Gründung im Jahre 1902, von den bisher erreichten Fortschritten auf wissenschaftlichem und gesetzgeberischem Gebiet, den Erfolgen der Aufklärungsarbeit und endlich von dem zukünftigen Arbeitsprogramm. Von jeher legte man den größten Wert auf die Aufklärung durch Rede und Schrift über Wesen, Gefahren und soziale Bedeutung der Geschlechtskrankheiten. Die Unwissenheit auf diesen Gebieten war fast in allen Volksschichten gleich groß. Insbesondere galt es auf die ins Leben tretende männliche und weibliche Jugend in sexualdiätetischer Hinsicht einzuwirken. Aber die Aufklärungsarbeit stieß besonders in früheren Jahren auf die größten Widerstände in der Bevölkerung infolge der oft verschrobenern und ungesunden Einstellung gegenüber diesen Dingen. So konnte es die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten als einen großen Erfolg buchen, als bereits im Jahre 1903 auf eine in der Grundgesetzgebung beschlossene Eingabe an den Bundesrat hin die Bestimmungen im Krankenversicherungsgesetz fielen, die in ihrer harten Benachteiligung der Geschlechtskranken ein großes Hemmnis in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bildeten. Und wenn jetzt im Jubiläumsjahr nach 25jährigen Mühen, nach vielen Hindernissen und Widerständen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, dessen Geschichte auf eine Petition Reichers, Lefers und Blaschke im Jahre 1902 zurückgeht, unter Dach und Fach gekommen ist, so darf die Gesellschaft mit Genugtuung darauf blicken, haben doch ihre führenden Männer nicht geringen Anteil an der jahrzehntlang geleisteten Arbeit. In diesem Gesetz sind die wichtigsten Forderungen verankert, die die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für notwendig hält, um einer Verbreitung der Seuchen vorzubeugen und sie einzudämmen.

Ministerialdirektor Dr. h. c. Damann vom Reichsministerium des Innern, dem für seine großen Verdienste um das Zustandekommen des Gesetzes die höchste Auszeichnung der Gesellschaft, die Reiter-Blaschko-Medaille, verliehen wurde, gab in der Haupt Sitzung am Samstag, den 29. Oktober, einen historischen Überblick über den Werdegang des Gesetzes. In 36 Aktenbänden ist seine 25jährige Geschichte festgelegt; sie zeugen von rastloser und zäher Arbeit der Vorläufer.

Oberregierungsrat Dr. Breger vom Reichsgesundheitsamt bestrich das Gesetz in seinen Auswirkungen vom hygienischen Standpunkt und erörterte die Aufgaben und Pflichten, die jetzt den Kranken, den Ärzten, den Gesundheitsbehörden und Beratungsstellen, den Landesregierungen und den Jugend- und Fürsorgeämtern erwachsen.

Frau Anna Kappert begrüßte als Vertreterin der abolitionistischen Föderation und des Bundes deutscher Frauenvereine das neue Gesetz. Sie vertritt sich von ihm neben einer weitgehenden Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse eine Höherentwicklung der sexuellen Ethik bei beiden Geschlechtern.

Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Schäfer, bestrich das Gesetz vom Standpunkt der Versicherungsträger. Unter anderem ging er ausführlich auf die von den Landesversicherungsanstalten mit Förderung der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in großer Zahl eingerichteten Beratungsstellen ein, deren bisherigen Arbeitsprinzipien in vielen Punkten dem neuen Gesetz sehr nahe kamen. Auch in Zukunft werden sie neben den Gesundheitsbehörden einen wesentlichen Faktor in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bilden. Die Zahl der dort kostenlos Rat suchenden steigt ständig.

Dr. Memelsdorf, der Beigeordnete des deutschen und preussischen Städtetages, sprach über das neue Gesetz als Vertreter der Kommunen. Die Stadtverwaltungen sind vor ein Novum gestellt worden; zum erstenmal in Deutschland wurde durch Reichsgesetz — unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen der Länder — einer Gesundheitsbehörde der Charakter einer kommunalen Behörde gegeben und den Städten in Selbstverwaltung überlassen. Zur Lösung der dadurch den Städten gestellten Aufgaben ist enge Zusammenarbeit der Vertreter der Gemeinden, der Ärzteschaft und Versicherungsträger erforderlich. Die Polizei sollte lediglich zur Unterstützung der Gesundheitsbehörden, und nur auf deren ausdrückliches Verlangen zum Einschreiten berechtigt sein, insofern keine strafbaren Handlungen vorliegen.

Als letzter Referent sprach Geh. Rat Dr. Schäfer vom Justizministerium. Er betonte den erzieherischen und fürsorglichen Grundgedanken des Gesetzes, das möglichst wenig strafen, aber doch das Gewissen und Verantwortungsgefühl des Kranken wie der Bevölkerung durch Strafandrohungen schärfen will.

Alle Teilnehmer der sehr stark besuchten Versammlung, zu der außer zahlreichen Vertretern der Ärzteschaft, Vertretern der Regierungen, der Kommunen, der Geistlichkeit, der sozialen Organisationen und des Auslands erschienen waren, zweifeln nicht daran, daß wir mit dem neuen Gesetz einen großen Schritt weiter in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gekommen sind, aber noch weiterhin schwere Aufgaben zu bewältigen haben, um der Geschlechtskrankheiten Herr werden zu können. Dr. W. N.

Die Sparkassen gegen die Erhöhung des Zinsfußes. Der Sparkassenausschuß beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband hat beschlossen, daß die Mitgliederverbände auf die Sparkassen einwirken, die Einlagenzinsen in angemessenen Grenzen zu halten, um nicht die Anleihezinsen, die in ihrer Höhe noch immer eine schwere Last für die kreditnehmende Wirtschaft bedeuten, weiter erhöhen zu müssen. Die Sparkassensorganisation wird diesbezüglich auch mit den Verbänden der Genossenschaften und Banken Fühlung nehmen mit dem Ziele, ein weiteres Ansteigen der Zinsfußhöhe zu verhindern.

Haupttheinbaum Wörth-Jodgrim. Die Frage um die Errichtung des seit längerer Zeit geplanten Haupttheinbaues in der benachbarten Pfalz zwischen Jodgrim und Wörth steht erneut zur Behandlung. Das Reichsministerium hatte im Frühjahr einen ablehnenden Standpunkt wegen des Kostenaufwandes eingenommen. Den Bemühungen der Gemeinden ist es jedoch gelungen, die vorgesehnte Behörde von der unbedingten Notwendigkeit der Errichtung des Damms zu überzeugen, da es sich um den Schutz des 540 Hektar großen Rheinniederungsgeländes zwischen Jodgrim, Wörth und Wörz vor Hochwassergefahren bzw. um die Verhinderung von Hoch- und Druckwasserfällen sowie um die restlose Urbarmachung dieses ertragsreichen Geländes handelt.

Das Theaterdefizit Kölns. Zur Deckung des Defizits bei den Kölner städtischen Theatern haben die dortigen Stadtverordneten 2,8 Millionen bewilligt.

Badischer Teil

Saarländerempfang in der badischen Gesellschaft in Berlin

Wie aus Berlin gemeldet wird, fand am gestrigen Montagabend in der Berliner badischen Gesellschaft auf Einladung der rheinischen Frauenliga ein Empfang statt, zu dem sich eine große Zahl prominenter Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft eingefunden hatte. Man sah u. a. Reichsminister Dr. Marx in seiner Eigenschaft als Minister für die besetzten Gebiete mit seiner Gattin, Staatssekretär Dr. Schmitt, vom Ministerium für die besetzten Gebiete, den Staatssekretär Dr. Schubert — selbst ein Saarländer —, Reichsfinanzminister Dr. Kähler, den Vorsitzenden des Berliner Saargebietes, Vogel, die Präsidentin der rheinischen Frauenliga, Dr. Freim v. Fertling, zahlreiche höhere Beamte anderer Reichsministerien und des preussischen Innenministeriums, sowie eine Reihe von Industriellen aus dem Saargebiet neben zahlreichen Herren der Presse des besetzten Gebiets und des Saargebietes.

Im Namen des Gastgebers begrüßten die Berliner badische Gesellschaft und seine Gattin die Gäste auf das herzlichste. Im Laufe des Abends sprachen das Mitglied des saarländischen Landestages, Schmeller — an Stelle des durch wichtige Tarifverhandlung verhinderten Kommerzienrats Hermann Köhling — und Frau v. Vopelius. In warmen und zu Herzen gehenden Worten erfuhr man von den neuesten Wendungen des saarländischen Schicksals, vernahm von dem zuversichtlichen Mut der deutschen Bevölkerung an der Saar und ihrer Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit wieder zum Deutschen Reich gehören werden, erfuhr von der schweren Not, die infolge der drückenden und schändlichen französischen Verwaltung von der Bevölkerung auch heute noch — namentlich dem Mittelstand und der Bergarbeiterbevölkerung — getragen werden müsse. In vielen einzelnen Beispielen wurde die Gefährlichkeit der immer noch wirksamen französischen Propaganda und die Schwierigkeit erster deutscher Abwehr geschildert. — Namentlich Frau v. Vopelius verband es, mit herzlicher Wärme für das Schicksal der armen saarländischen Bevölkerung um Teilnahme zu werben. Ganz besonderer Dank wurde von dem Mitglied des saarländischen Landestages, Schmeller, dem anwesenden Staatssekretär v. Schubert und den Referenten der verschiedenen Ministerien für die tatkräftige Hilfe spendet, die sie der Saarbevölkerung haben zuteil werden lassen.

Aus dem reichen Beifall, welchen die Vorträge fanden, ging deutlich hervor, welches lebendige Interesse in der zahlreichen Zuhörerschaft an dem Schicksal der Saarländer besteht.

Jahresversammlung badischer Schulleute

Die in den Räumen der Mädchenrealschule zu Baden-Baden tagende Jahresversammlung des badischen Vereins für Mädchenschulen, war aus allen Teilen des Landes sehr gut besucht. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage der Frauenschule und der Frauenoberstufe (Realschule).

Die Referentin, Dr. Kottlund, wies auf die Notwendigkeit der erzieherischen Beeinflussung der Mädchen nach den Entwicklungsjahren hin, in einer Zeit also, wo jetzt in der Regel die Einwirkung der Schule aufhört, abgibt dann die Mädchen besonders aufgeschlossen und zugänglich sind. Die Schule muß hier eingreifen, indem sie eine Vorstufe auf den künftigen Beruf ermöglicht und das soziale Verantwortungsgefühl weckt und stärkt. Diese Aufgabe soll durch eine zweijährige Frauenschule gelöst werden, die an die jetzige Mädchenschule ohne Mehrkosten angeschlossen werden kann. Auf Antrag von Direktor Bargaß (Baden-Baden) wurde ein Ausschuß eingesetzt, der einen Lehrplan ausarbeitet, der sowohl auf das Leben selbst vorbereitend, wie zur Teilnahme an weiteren Ausbildungskursen berechtigt. Ein Referat Rannheim über die Verhältnisse im Reich und in Baden, den künstlerisch-technischen Begabungen zu ihrem Recht zu verhelfen durch Gründung eines Schultyps, der nicht nur Unberufstätige, aber doch zu den technisch-künstlerischen Hochschulen führt. Auch die Frage wird durch einen Ausschuß weiter bearbeitet werden.

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hielt unter Leitung des 1. Vorsitzenden, Professor Dr. Naas, Karlsruhe, ihre Jahressitzung in der badischen Landesversammlung in Karlsruhe ab, der auch Vertreter des Ministeriums des Innern und anderer Behörden beiwohnten. Der Geschäftsführer der Gesellschaft, Dr. A. Fischer, Karlsruhe, teilte mit, daß der Ausschuß für hygienische Volksbelehrung gemäß einer Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern zum badischen Landesauschuß für hygienische Volksbelehrung umgestaltet wurde mit dem Obermedizinalrat Dr. Nümer als Vorsitzenden. Ferner wurden Ausschüsse für Gesundheitsstatistik und Moralphysik gebildet. Die Werbearbeit für das badische Hygienemuseum soll jetzt in vollem Umfang durchgeführt werden. Geheimrat Prof. Dr. Wittenberg, Freiburg, der sich um die Gesellschaft große Verdienste erworben hat, wurde zum Ehrenmitglied ernannt. — Stadtdozent Prof. Dr. Galtner, Stuttgart, hielt einen Vortrag über Eheberatung, wobei er verlangte, daß die Bevölkerung über den Wert des Auslaufes von Gesundheitskassen vor der Geschließung aufgeklärt wird. In das Referat schloß sich eine ausgiebige Diskussion.

Landesstagung für Lebensrettung

Der Landesverband Baden der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft hatte letzten Sonntag seine Lehrstuhlinhaber und Vertrauensleute zu einer Tagung nach Offenburg entboten, die zahlreich besucht war. Die Tagesordnung umfaßte zunächst den Bericht über den ersten Lehrkurs der DLG in Berlin im letzten Sommer, worüber der Pforsheimer Bezirksleiter, Lehrer Hager, eingehend sprach. Bezüglich der amtlichen Anerkennung von Lebensrettung wurde auf die nach der Umwälzung zuerst von Baden geschaffene Staatliche Rettungsmedaille verwiesen, neben der nicht auch noch die von der DLG selbst erschwerte geschaffene eigene Medaille in Frage kommen könne. Die nötig gewordenen Eintragungen des Landesverbandes ins Vereinsregister wird der Landesstagung vorgelegt. Diese findet am 3./4. März 1928 in Pforzheim statt, und steht die üblichen Fachvorträge über Schwimmbetrieb sowie Rettungswachenbetrieb nebst praktischen Vorführungen im Stadtbad vor.

Eine ausgedehnte Erörterung erlebte die dem Landesverband von Berlin aus übertragene Herstellung von Musterlichtbildern sowie eines Lehrfilms über Rettungsschwimmen und Wiederbelebung, wofür vielfach wertvolle Darlegungen gegeben wurden. Wegen der ab 1928 fällig werdenden Grundbesitzprüfung für Gruppe I des Deutschen Turn- und Sportabzeichens wird dem DLG der Beschluß des Landesverbandes Baden mitgeteilt, wonach nur Lehrstuhlinhaber dazu berechtigt gelten, um jede Bürgerschaft für zuverlässige Abnahme zu haben.

Erwerbslosenziffer in Freiburg. Die Zahl der Erwerbslosen hat auch im Arbeitsamtsbezirk Freiburg eine Steigerung erfahren. Die Zahl stieg von 639 in der Vorwoche auf 688 in dieser Woche.

Abgelehnter Voranschlag. Nach stürmischer Sitzung lehnte der Bürgerausschuß in Gudenheim den ganzen Voranschlag ab.

Aus den Parteien

Am vergangenen Donnerstag tagte der Bezirksverband der Deutschen Volkspartei Wahl-Nachh. Der Nachmittag war organisatorischen Fragen gewidmet. Am Abend sprach Generalsekretär Wolf in einer Mitgliederversammlung. Beide Veranstaltungen wurden von einem französischen Beamten überwacht. Generalsekretär Wolf wies daraufhin, daß eine weitere Befestigung deutschen Bodens unvereinbar mit dem Geist von Locarno sei. — Samstagabend wurde in Heidelberg der Bezirksverband Heidelberg gegründet. Generalsekretär Wolf sprach hier über die politische Lage. Für eine Verwaltungsreform in Baden stellte der Redner die Forderung, die vier parlamentarischen Minister durch Ministerialdirektoren zu ersetzen.

Lohnbewegungen in Baden

Die Lage in der Zigarrenindustrie. Das Inkrafttreten der für Ende der abgelaufenen Woche vorgesehenen Aussperrung in der Zigarrenindustrie Badens, die mit etwa 17000 Arbeitern das Gebiet von Karlsruhe bis Konstanz umfaßt, ist, wie man hört, um eine Woche verschoben worden. Es sollen einzelne Firmen infolge eines Mißverständnisses die erforderlichen ordnungsmäßigen Kündigungen ihrer Belegschaften nicht vorgenommen haben, so daß beim Eintreten der Aussperrung keine einheitliche Front der Betriebe vorhanden gewesen wäre.

Gemeinde-Rundschau

Aus dem Bürgerausschuß Lobsburg. Für das Jahr 1928 beträgt der ungedeckte Aufwand der Gemeinde 229 477 RM, der nunmehr auf die neuen Steuerwerte umgelegt werden muß. Für 1927 ist eine Umlage von 1,77 auf Grundvermögen, 0,71 auf Betriebsvermögen und 13,26 auf Gewerbeertrag vorgesehen.

Fähre ober Steg in Neckargemünd? Im kommenden Jahre sollen die Vorarbeiten vom Neckaranalbauamt für die nächste Stufe hier in Angriff genommen werden. Bei der Herstellung des Kanals ist für das Städtchen Neckargemünd die Frage der Redarfähre, die Neckargemünd mit Meingemünd bis jetzt verbindet, von größter Wichtigkeit. Es ist vom Neckaranalbauamt beabsichtigt, an der Fähre elektrischen Betrieb einzurichten, weil durch die schwächer werdende Stromung des Flusses der jetzige Betrieb nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Ein alter Wunsch der Neckargemünder Bewohner ist aber mit Neckargemünd durch einen eisernen Steg verbunden zu sein, um unabhängig vom Hochwasser und Eisgang zu jeder Tages- und Nachtzeit sowohl die elektrische, wie die Reichsbahn erreichen zu können, da doch sehr viele ihr Brot auswärts verdienen müssen. Die Verhandlungen hierüber mit den maßgebenden Stellen sind in vollem Gange. Hauptsächlich handelt es sich um die Kostenfrage. Der Steg soll auf ungefähr 150 000 RM zu stehen kommen.

Der Bürgerausschuß in Mosbach genehmigte mit 65 gegen 1 Stimme, daß für das Rechnungsjahr 1928/27 vom Vermögensvermögen 120 RM, vom Betriebsvermögen 32 RM und vom Ertragswert 300 RM für 100 Mark Steuerwert erhoben werden; mit 57 gegen 9 Stimmen wurde die Umlage für 1927/28 in gleicher Höhe festgesetzt. Die Einführung einer Gemeindebeitragssteuer wurde mit 41 gegen 25 Stimmen beschlossen. Der Gemeindeerwerb für die im Jahre 1925 ausgeführte Müllentwässerung wurde einstimmig genehmigt.

Neue Landstraße im Amt Forzheim. Unter Beteiligung staatlicher, städtischer und sonstiger Behörden fand Sonntag nachmittag die feierliche Eröffnung der neuen Landstraße Höhenwart und Schellbrunn-Unterreichenbach, der ersten Verbindung des 21 Kilometer langen südlichen Amtes Forzheim mit der württembergischen Nagoldbahn statt. Die neue Straße mit ihren beiden Ästen, 6,9 Kilometer lang, hat vier große Wehren, eine Höchststeigerung von 6,9 v. H. und überwindet einen Höhenunterschied von 220 Metern. Die Gesamtkosten betragen rund 200 000 RM.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Heidelberg, 21. Nov. Der frühere badische Staatspräsident Dr. Hummel hat seinen Wohnsitz von Heidelberg für dauernd nach Berlin verlegt.

Mannheim, 22. Nov. Ein Groß-Bulldoggezug der Firma Heinrich Lanz hat sich auf eine Propagandafahrt durch Südbadensland gegeben. Über Berg und Tal wird er die etwa 400 Zentner schwere Last — zwei Anhänger mit Vieh beladen — ziehen, um seine Leistungsfähigkeit zu beweisen.

D3. Philippsburg, 21. Nov. Der hiesige Tabak wurde zum Preise von 62 RM pro Zentner verkauft.

D3. Ettlingen, 22. Nov. Der Landesverband badischer Geflügelzüchtervereine (angeschlossen der Bad. Landwirtschaftskammer, sowie dem Bunde deutscher Geflügelzüchter), veranstaltet vom 3.—5. Dezember in der Stadthalle zu Ettlingen die dritte Badische Landesgeflügelausstellung, an der sich sämtliche dem Verbande angeschlossenen Vereine Badens beteiligen. Es werden die verschiedenen Rassen der Hühner, Zwerghühner, Enten, Gänse, Truten, Tauben und Vorkünder vertreten sein. Der Geflügelzüchterverein Ettlingen, der die Ausstellung im Rahmen der 700-Jahresfeier der Stadt durchführt, ist bemüht, die Schau zu einer großen Kundgebung der badischen Geflügelzüchter zu gestalten.

D3. Billingen, 21. Nov. Heute vormittag erschloß sich hier in der Richtigkeitskammer der 24jährige ledige Unteroffizier Anton Kiefer aus Durnmersheim mit seinem Dienstgewehr, Dienstliche Gründe zu der traurigen Tat liegen nicht vor.

Freiburg i. Br., 22. Nov. (Tel.) Vor dem erweiterten Schöffengericht Freiburg kommt heute der Zusammenstoß eines Güterzugs mit einem Güterzug bei der Station Gundelfingen am 25. Juli d. J. zur Verhandlung. Der fahrlässigen Außerachtlassung der ihnen obliegenden Pflichten sind der Zugführer Emil Fetsch, der Lokomotivführer Emil Jüngeler, beide in Freiburg und der Stellwerksmeister Richard Weidmann aus Gundelfingen angeklagt. Bei dem Zusammenstoß wurden zwölf Wagen des Güterzuges zur Entgleisung gebracht, wodurch ein Materialschaden von 100 000 RM entstand. Die Verhandlung begann heute vormittag 9 Uhr mit der Verlesung der Anklageschrift.

D3. Säckingen, 21. Nov. Wie bereits berichtet, wurde hier dieser Tage über das Kraftwerk Säckingen verhandelt. Den Besprechungen wohnte eine Reihe von Ingenieuren und auch Professor Hallinger aus München bei. Das Projekt des Kraftwerkes soll, wie verlautet, wesentlich abgeändert worden sein. Auf Grund dessen sollen die Bohrungen zur Untersuchung des Bodens neu vorgenommen werden.

Konstanz, 21. Nov. Die „Konst. Ztg.“ berichtet von einer 13-Millionen-Erbchaft, die eine Konstanz Verlegerin durch einen vor 40 Jahren in Hollandisch-Indien verstorbenen Verwandten gemacht hat. Im dieses Vermächtnis ist seither prozessiert worden.

Friedrichshafen, 21. Nov. Der in Friedrichshafen im Land befindliche Transatlantik-Zeppelin, der dem Verlehrer Spanien-Südamerika dienen soll, dürfte bis Mai n. J. fertig, bereit sein.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 22. Nov. | | 21. Nov. | |
|-----------------------|----------|--------|----------|--------|
| | Geld | Wert | Geld | Wert |
| Amsterdam 100 G. | 169.09 | 169.48 | 169.01 | 169.35 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.21 | 112.43 | 112.21 | 112.43 |
| Italien . . . 100 L. | 22.78 | 22.82 | 22.795 | 22.805 |
| London . . . 1 Pf. | 20.406 | 20.446 | 20.402 | 20.442 |
| Newyork . . . 1 D. | 4.1840 | 4.1920 | 4.1840 | 4.1920 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.45 | 16.49 | 16.45 | 16.49 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 80.68 | 80.84 | 80.69 | 80.85 |
| Wien 100 Schilling | 55.97 | 59.09 | 59.00 | 59.12 |
| Prag . . . 100 Kr. | 12.40 | 12.42 | 12.402 | 12.422 |

Die Schwarzwälder Handelskammer wählte in ihrer letzten Plenarversammlung den Fabrikdirektor Siegfried Jungbans wiederum auf drei Jahre zum Präsidenten, und Fabrikdirektor Eduard Cronn aus Hornberg und Kaufmann Artur Damm aus Furtwangen wiederum zu Vizepräsidenten. Außerdem wurde beschlossen, die Handlungsgehilfenprüfungen bei der Kammer einzuführen, nachdem man damit bei der Handelskammer Schopfheim gute Erfahrungen gemacht hat.

Der Geschäftsgang in der Uhrenindustrie. In den kürzlich gemachten Mitteilungen über einen schlechten Geschäftsgang in der Lenzkircher Uhrenindustrie wird von der Uhrenfabrik Lenzkirch A.-G. mitgeteilt, daß diese Informationen unzutreffend seien. Seit zwei Jahren sei der Geschäftsgang noch nie so gut gewesen, wie zur Zeit. Seit Wochen werde voll gearbeitet, in einzelnen Abteilungen sogar mit Überstunden. Beschäftigt würden etwa 110 Arbeiter, sowie eine ganze Anzahl Heimarbeiter. Wenn von 800 früher beschäftigten Arbeitern gesprochen worden sei, so treffe dies wohl für das Jahr 1925 zu. Nach der Umstellung des Betriebs auf neuzeitliche Grundlagen und nach der Rationalisierung sei leider die Entlassung einer größeren Anzahl Arbeiter nicht zu umgehen gewesen. Diese hätten aber in der inzwischen in Lenz-

kirch angegliederten Industrie (eine chemisch-technische Fabrik, eine Zigarrenfabrik und eine Musikwarenfabrik) Unterkunft finden können.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Polizeinspektor Adolf Böhle in Karlsruhe zum Polizeioberinspektor, zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriewachmeister Jakob Jost in Füssen, Amt Donaueschingen.

Entlassen auf Ansuchen:
Regierungsrat Emil Turban beim Bezirksamt in Konstanz.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Es wurden zu Rektoren ernannt:
Die Oberlehrer: Rechtanus Robert, Gäßler Josef, Späth Albert, Lohrer Rudolf, Kolmerer Julius, Vitteneker Adolf, Störcke Josef und die Oberlehrerin Schäß Henriette, sämtliche in Freiburg.

Die Oberlehrer: Wintermantel Albin, Lacroix Wilhelm, Vollherbst Julius, Bahl Alois, Pfeifer Julius, Schwegler Georg, Schmitt Georg, Schwaab Friedrich, und die Oberlehrerin Schäß Paula, sämtliche in Heidelberg.

Die Oberlehrer: Lang Emil, Feuchter Friedrich, Sattler Emil, Frey Otto, Wagner Albert, Auf Karl, Glaser Franz, Kohler Franz, Bergdolt Emil, Maurer Karl, Steinhilber Wilhelm, Ruz Eugen, Bunsch Emil, Lechner Heinrich, Albert Otto, Fischer Franz, Giermann Karl, Hoffzuegel Emil, Lau Arthur, Mübinger Jakob, Biegler Theodor, Städt Julius, Braun Johann, Hauptlehrer Bayer Hermann, die Oberlehrerinnen: Gebhard Berta und Winterer Anna, Fortbbl.

ungsschuloberlehrer Ulmerich Friedrich, Fortbildungsschuloberlehrerin Wundt Emma, sämtliche in Karlsruhe.
Die Oberlehrer: Strohmaier Heinrich, Baas Karl, Winter Karl, Greiffamer Jaak, Hochmuth Edmund, Anselm Gustav, Münzer Friedrich, Bacher Karl, Schmitt Gustav, Lutz August, Würth Ludwig, Stiefel Wilhelm, Grether Ludwig, Maier Arthur, Gellert Emil, Mayer Otto, Winter Otto, Schmidt Karl, Simmendinger Eugen, Gassert Philipp, Arnold August, Sigmund Jakob, Geth Gustav, Heingerling Philipp, Kern August, Schüb Franz, Haber, von Au Adam, Kullmann Eugen, Enderlin Max, Marius Otto, Pfennig Franz, Dea II Friedrich, Fortbildungsschuloberlehrer Beder-Bender Martin, und die Oberlehrerinnen: Nibel Marie, Wagner Antonie, Stoll Hedwig, Vogelmann Gisela, Gulde Berta, sämtliche in Mannheim.

Die Oberlehrer: Schumacher Adolf, Haaf Josef, Stahl Heinrich, Segner Gustav, Scheuermann Friedrich, Heder Hermann, Winter Ludwig, Schücke Wilhelm, Winterbauer Gustav, Schork Karl, Richter Christian, Nibel Otto, die Oberlehrerin Bachmann Emma und die Fortbildungsschuloberlehrerin Köhlinfki Marie, sämtliche in Pforzheim.

Die Oberlehrer: Kirchgänger Franz, Döbele Friedolin, Rudolph Karl, Seitz Karl, sämtliche in Baden-Baden.

Die Oberlehrer: Braun Leo, Kiefer Peter, und Hilfschulhauptlehrer Binnebach Karl, sämtliche in Bruchsal.

Die Oberlehrer: Dietrich Anton, Frank Karl, Gassert Friedrich, und die Hauptlehrerin Bauer Luise, sämtliche in Konstanz.

Die Oberlehrer: Hebel David, Krauth Hugo, beide in Lahr, Die Oberlehrer: Hahn Werner, Eidel Karl, beide in Offenburg.

Die Oberlehrer: Keller Anton, Scherer Gotthold, Beck Josef, Behringer Karl, sämtliche in Durlach.
Die Oberlehrer: Maier Eugen, Maurer Josef, beide in Rafatt.
Oberlehrer Hader Oskar, in Singen a. S.
Die Oberlehrer: Behringer Adolf, Winter Josef, beide in Balingen.
Hauptlehrer Schröder Heinrich in Weinheim.

Errichtung eines Kriegerdenkmals.

Die Stadtgemeinde Kandern beabsichtigt für ihre im Weltkriege für das Vaterland gefallenen Söhne ein Ehrenmal zu errichten und sieht ges. Angebote von Entwürfen für ein solches in Würde entgegen.

Kandern, den 21. November 1927. G. 917
Der Gemeinderat.

Melanchthonverein für Schülerheime e. V.

Am Montag, den 5. Dezember d. J., vormittags 11 Uhr, findet im Bibliotheksaal des Evang. Oberkirchenrats die

ordentliche Mitgliederversammlung

Tagesordnung: Rechnungsbericht, Arbeitsbericht, Wünsche und Anträge, die bis spätestens 1. Dezember an den Vorsitzenden eingereicht werden wollen, Wahl des Vorstandes und Ergänzungswahl des Rates.

Karlsruhe, den 19. November 1927. G. 918
Der Vorstand:
Kirchenrat B. Schulz, Werderstr. 4.

Die Bekämpfung der Schnakenplage.

Nachdem die Zeit für den Beginn der Winterbekämpfung der Schnaken herangerückt ist, bringen wir hiermit die für die Winterbekämpfung einschlägigen Bestimmungen der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 23. 5. 1927 wie folgt in Erinnerung:

Winterbekämpfung.

§ 2.
Die Hauseigentümer und deren Stellvertreter sind verpflichtet:

- a) die in den Kellern, Schuppen, Ställen und ähnlichen Räumlichkeiten überwinternden Schnaken durch Besprühen mit Insektizid, durch Zerbrüden mit feuchten Tüchern, durch Abflammen oder in sonstiger wirksamer Weise zu vernichten,
- b) die betreffenden Räume zu fraglichem Zweck zu öffnen,
- c) beim Abflammen zur Vermeidung von Feuergefahr mit der nötigen Sorgfalt zu verfahren; ein Eimer Wasser und ein Reißigebesen sind zum Ablöschen und Ausschlagen eines etwa entzündeten Feuers bereitzustellen. Wo feuergefährliche Gegenstände lagern, darf nicht abgeflammt werden.
- d) mit den Vernichtungsarbeiten zu beginnen, wenn durch öffentliche Bekanntmachung der Ortspolizeibehörde dazu aufgefordert wird. Die Arbeiten müssen spätestens am 15. Dezember beendet sein.

§ 3.
Die Gemeinden haben sich von der richtigen Ausführung der vorgeschriebenen Maßnahmen durch besonders hierfür bestellte Personen zu vergewissern.

§ 4.
Ergibt sich bei der Nachschau, daß die Verpflichtungen nicht oder nur ungenügend erfüllt wurden, so haben die Gemeinden die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten der Verpflichteten durchzuführen. Insbesondere ist die Gemeinde berechtigt, das Begießen mit Saprol und dgl. selbst durchzuführen.

§ 5.
Den mit der Überwachung und dem Vollzug der vorgeschriebenen Maßnahmen betrauten Personen ist, sofern sie sich genügend ausweisen, das Betreten der Grundstücke zur Erfüllung ihrer Aufgabe bei Tage jederzeit zu gestatten. Bevor sie jedoch irgendwelche Maßnahmen vornehmen, haben sie die Grundstücksbesitzer oder deren Stellvertreter in Kenntnis zu setzen.

Karlsruhe, den 18. November 1927. D.-3.144
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Den Schutz der Brunnen und der städtischen Leitungen.

Nachstehende Bestimmung der unterm 30. März 1912 erlassenen ortspolizeilichen Vorschrift (§ 6) wird in Erinnerung gebracht:

„Bei Eintritt der kälteren Jahreszeit sind sämtliche Privatbrunnen sowie die Wasserleitungsrohre, soweit sie freiliegen, durch geeignete Mittel vor dem Einfrieren zu schützen (Umhüllen mit Wärmeschutzmitteln).“

Karlsruhe, den 21. November 1927. D. 3.143
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Amtliche Ziehungsliste

über die am Donnerstag, den 19. November 1927, vorgenommene Lotterie des Verbandes der mittelbadischen Pferdezüchterschaften.

| Los Nr. | Gewinn Nr. | Summe |
|---------|------------|-------|---------|------------|-------|---------|------------|-------|---------|------------|-------|---------|------------|-------|
| 17 | 34 | 4525 | 36 | 10501 | 427 | 14427 | 311 | 19798 | 416 | 24692 | 107 | 42 | 418 | 4579 |
| 42 | 418 | 4579 | 152 | 10502 | 282 | 14498 | 179 | 19982 | 185 | 24746 | 109 | 66 | 8 | 4642 |
| 66 | 8 | 4642 | 332 | 10547 | 321 | 14600 | 403 | 19904 | 353 | 24941 | 330 | 171 | 19 | 4752 |
| 171 | 19 | 4752 | 260 | 10727 | 349 | 14721 | 189 | 20003 | 60 | 24947 | 408 | 354 | 284 | 4754 |
| 354 | 284 | 4754 | 433 | 10758 | 50 | 14771 | 93 | 20034 | 256 | 25113 | 400 | 400 | 445 | 4765 |
| 400 | 445 | 4765 | 441 | 10758 | 225 | 14810 | 252 | 20044 | 322 | 25291 | 102 | 459 | 180 | 4798 |
| 459 | 180 | 4798 | 453 | 10789 | 442 | 14812 | 412 | 20137 | 245 | 25349 | 339 | 512 | 97 | 4804 |
| 459 | 97 | 4804 | 182 | 10800 | 87 | 14833 | 331 | 20239 | 270 | 25652 | 268 | 544 | 294 | 4848 |
| 544 | 294 | 4848 | 126 | 11078 | 234 | 14894 | 136 | 20243 | 439 | 25881 | 291 | 604 | 121 | 4854 |
| 604 | 121 | 4854 | 9 | 11121 | 172 | 14898 | 381 | 20353 | 24 | 25901 | 361 | 618 | 202 | 4992 |
| 618 | 202 | 4992 | 392 | 11200 | 347 | 15090 | 30 | 20500 | 432 | 25902 | 83 | 658 | 210 | 5032 |
| 658 | 210 | 5032 | 12 | 11232 | 279 | 15124 | 425 | 20596 | 451 | 25925 | 170 | 703 | 313 | 5136 |
| 703 | 313 | 5136 | 358 | 11236 | 3 | 15233 | 315 | 20744 | 317 | 26206 | 69 | 720 | 119 | 5238 |
| 720 | 119 | 5238 | 56 | 11251 | 405 | 15341 | 324 | 20903 | 301 | 26208 | 95 | 767 | 187 | 5242 |
| 767 | 187 | 5242 | 387 | 11257 | 242 | 15410 | 122 | 20935 | 345 | 26241 | 344 | 935 | 54 | 5400 |
| 935 | 54 | 5400 | 299 | 11281 | 218 | 15446 | 290 | 21033 | 64 | 26338 | 246 | 951 | 241 | 5455 |
| 951 | 241 | 5455 | 325 | 11306 | 346 | 15500 | 437 | 21080 | 157 | 26353 | 460 | 1127 | 288 | 5477 |
| 1127 | 288 | 5477 | 6 | 11317 | 4 | 15599 | 58 | 21091 | 14 | 26468 | 40 | 1194 | 100 | 5701 |
| 1194 | 100 | 5701 | 411 | 11340 | 374 | 15615 | 131 | 21183 | 78 | 26482 | 221 | 1305 | 21 | 5808 |
| 1305 | 21 | 5808 | 165 | 11342 | 449 | 15707 | 251 | 21184 | 11 | 26525 | 399 | 1664 | 355 | 5851 |
| 1664 | 355 | 5851 | 123 | 11450 | 460 | 15716 | 309 | 21289 | 338 | 26694 | 85 | 1673 | 214 | 5929 |
| 1673 | 214 | 5929 | 261 | 11474 | 367 | 15768 | 259 | 21320 | 458 | 26747 | 401 | 1674 | 219 | 5966 |
| 1674 | 219 | 5966 | 128 | 11497 | 149 | 15877 | 436 | 21329 | 167 | 26824 | 73 | 1710 | 396 | 6216 |
| 1710 | 396 | 6216 | 394 | 11690 | 253 | 15910 | 406 | 21380 | 409 | 26842 | 239 | 1777 | 29 | 6359 |
| 1777 | 29 | 6359 | 277 | 11766 | 44 | 15912 | 10 | 21476 | 159 | 26882 | 189 | 1780 | 177 | 6467 |
| 1780 | 177 | 6467 | 368 | 11769 | 235 | 15992 | 192 | 21653 | 285 | 26891 | 395 | 1839 | 33 | 6593 |
| 1839 | 33 | 6593 | 89 | 12141 | 375 | 16197 | 255 | 21693 | 27 | 26934 | 454 | 1878 | 175 | 6747 |
| 1878 | 175 | 6747 | 158 | 12240 | 269 | 16203 | 5 | 21755 | 39 | 26990 | 52 | 1908 | 68 | 6799 |
| 1908 | 68 | 6799 | 262 | 12277 | 145 | 16234 | 184 | 21795 | 329 | 27101 | 222 | 2010 | 45 | 7003 |
| 2010 | 45 | 7003 | 302 | 12333 | 112 | 16358 | 176 | 21877 | 141 | 27108 | 150 | 2083 | 404 | 7029 |
| 2083 | 404 | 7029 | 327 | 12350 | 17 | 16378 | 88 | 21924 | 154 | 27121 | 463 | 2084 | 296 | 7141 |
| 2084 | 296 | 7141 | 272 | 12371 | 335 | 16405 | 462 | 21932 | 289 | 27282 | 423 | 2164 | 173 | 7178 |
| 2164 | 173 | 7178 | 421 | 12410 | 318 | 16671 | 99 | 21940 | 147 | 27315 | 398 | 2224 | 420 | 7212 |
| 2224 | 420 | 7212 | 153 | 12452 | 16 | 16699 | 63 | 22018 | 7 | 27409 | 424 | 2234 | 465 | 7356 |
| 2234 | 465 | 7356 | 161 | 12458 | 216 | 16749 | 156 | 22079 | 348 | 27544 | 41 | 2282 | 43 | 7518 |
| 2282 | 43 | 7518 | 444 | 12602 | 193 | 17051 | 201 | 22156 | 66 | 27674 | 263 | 2325 | 139 | 7538 |
| 2325 | 139 | 7538 | 419 | 12627 | 61 | 17085 | 470 | 22216 | 343 | 27738 | 74 | 2351 | 178 | 7600 |
| 2351 | 178 | 7600 | 430 | 12632 | 220 | 17262 | 148 | 22246 | 337 | 27791 | 267 | 2364 | 264 | 7720 |
| 2364 | 264 | 7720 | 363 | 12744 | 13 | 17266 | 211 | 22258 | 213 | 27829 | 32 | 2418 | 223 | 7862 |
| 2418 | 223 | 7862 | 390 | 12777 | 111 | 17416 | 431 | 22274 | 53 | 27879 | 142 | 2483 | 162 | 7942 |
| 2483 | 162 | 7942 | 80 | 12791 | 215 | 17530 | 414 | 22317 | 204 | 27913 | 86 | 2504 | 35 | 7945 |
| 2504 | 35 | 7945 | 137 | 12820 | 298 | 17539 | 28 | 22331 | 190 | 27923 | 209 | 2684 | 94 | 8003 |
| 2684 | 94 | 8003 | 130 | 12826 | 108 | 17543 | 114 | 22670 | 174 | 27925 | 125 | 2691 | 183 | 8146 |
| 2691 | 183 | 8146 | 286 | 12849 | 333 | 17560 | 224 | 22739 | 293 | 28023 | 113 | 2785 | 236 | 8149 |
| 2785 | 236 | 8149 | 26 | 12901 | 79 | 17759 | 461 | 22765 | 440 | 28048 | 334 | 2790 | 231 | 8214 |
| 2790 | 231 | 8214 | 316 | 13019 | 376 | 17798 | 143 | 22786 | 135 | 28116 | 371 | 2805 | 312 | 8287 |
| 2805 | 312 | 8287 | 163 | 13077 | 303 | 17863 | 292 | 22842 | 23 | 28183 | 227 | 2813 | 297 | 8335 |
| 2813 | 227 | 8335 | 295 | 13096 | 391 | 17929 | 116 | 22890 | 276 | 28238 | 274 | 2818 | 295 | 8335 |
| 2818 | 295 | 8335 | 77 | 13171 | 197 | 17965 | 388 | 22930 | 266 | 28338 | 365 | 2823 | 446 | 8403 |
| 2823 | 446 | 8403 | 200 | 13218 | 117 | 17966 | 47 | 22955 | 320 | 28347 | 140 | 2828 | 314 | 8588 |
| 2828 | 314 | 8588 | 132 | 13241 | 37 | 17981 | 377 | 22992 | 283 | 28348 | 228 | 2834 | 443 | 8717 |
| 2834 | 443 | 8717 | 443 | 13254 | 249 | 18008 | 434 | 23004 | 232 | 28354 | 407 | 2835 | 393 | 8762 |
| 2835 | 393 | 8762 | 370 | 13258 | 76 | 18070 | 15 | 23204 | 231 | 28389 | 275 | 2836 | 186 | 8894 |
| 2836 | 186 | 8894 | 124 | 13347 | 287 | 18079 | 72 | 23273 | 120 | 28428 | 208 | 2837 | 350 | 9102 |
| 2837 | 350 | 9102 | 22 | 13431 | 196 | 18160 | 181 | 23425 | 417 | 28448 | 306 | 2838 | 49 | 9119 |
| 2838 | 49 | 9119 | 254 | 13461 | 103 | 18184 | 307 | 23432 | 226 | 28473 | 382 | 2839 | 134 | 9152 |
| 2839 | 134 | 9152 | 188 | 13474 | 366 | 18208 | 452 | 23447 | 369 | 28570 | 457 | 2840 | 20 | 9224 |
| 2840 | 20 | 9224 | 70 | 13491 | 258 | 18277 | 378 | 23475 | 280 | 28630 | 310 | 2841 | 230 | 9309 |
| 2841 | 230 | 9309 | 25 | 13505 | 410 | 18535 | 110 | 23552 | 82 | 28649 | 354 | 2842 | 59 | 9334 |
| 2842 | 59 | 9334 | 2 | 13506 | 351 | 18549 | 198 | 2 | | | | | | |